

Wie man der Verwahrlosung der Jugend entgegenarbeitet

Autor(en): [s.n.]

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Der Armenpfleger : Monatsschrift für Armenpflege und Jugendfürsorge enthaltend die Entscheide aus dem Gebiete des Fürsorge- und Sozialversicherungswesens**

Band (Jahr): **10 (1912-1913)**

Heft 11

PDF erstellt am: **26.06.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-837735>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern. Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Der Armenpfleger.

Monatschrift für Armenpflege und Jugendfürsorge.

Offizielles Organ der Schweizerischen Armenpfleger-Konferenz.

Beilage zum „Schweizerischen Zentralblatt für Staats- und Gemeinde-Verwaltung“,
redigiert von Dr. A. Boshardt und Paul Keller.

Redaktion:
Pfarrer A. Wild
in Mönchaltorf.



Verlag und Expedition:
Art. Institut Orell Güssli,
Zürich.

„Der Armenpfleger“ erscheint in der Regel monatlich.
Jährlicher Abonnementspreis für direkte Abonnenten 3 Franken.

Postabonnenten Fr. 3. 10.

Insertionspreis pro Nonpareille-Beile 10 Cts.; für das Ausland 10 Pfg.

10. Jahrgang.

1. August 1913.

Nr. 11.

Der Nachdruck unserer Originalartikel ist nur unter Quellenangabe gestattet.

Wie man der Verwahrlosung der Jugend entgegenarbeitet.

Das neue schweizerische Zivilgesetzbuch hat zur Bekämpfung der Verwahrlosung manche Mittel in die Hand gegeben. Wir möchten nur an Hand einiger konkreter Beispiele darauf hinweisen, wie sehr das Eingreifen den Behörden erleichtert wurde, während früher alles mögliche im Wege stand.

Ein Knabe schlechter Eltern ist sichtlich in Verwahrlosung begriffen; der Armenverein, welcher sich desselben annehmen möchte, wird aber gleichwohl abgewiesen; ein Jahr später nimmt die Verwahrlosung einen solchen Grad an, daß ein Muge in Gefahr ist. Der Armenverein anbietet unentgeltliche Verpflegung im Spital, wird aber abgewiesen; er recurriert an die obere Instanz; ein Prozeß entsteht, in welchem zwar dem Armenverein das Recht, den verwahrlosten Buben zu erziehen, zugesprochen wird; doch das Muge ist über dem langen Handel zugrunde gegangen. — Da kommen nun die Art. 283—286 des Z.G.B. in Betracht, die teilweise durch die kantonale Einföhrungsgesetze noch verschärft und präzisiert wurden. Zum Teil wird den Beamten (siehe: Wild, schweizerisches Zivilgesetzbuch und Armenpflege) eine Anzeigepflicht eingeräumt, jedem Einzelnen aber ein Anzeigerecht; jedenfalls haben die privaten Kinderchutzorganisationen ein Anzeige- und Antragsrecht. — Ein anderer Fall: Ein nichtswürdiger Vater entfernt sich von seiner Familie, taucht dann in einer andern Stadt wiederum auf, von wo aus er der bedrängten Mutter mit ihren sechs kleinen Kindern, die unterdessen vom Armenverein unterstützt und versorgt wird, hin und wieder eine kleine Gabe schickt. Der Verein möchte, um der Erziehung sicher zu sein, in den Besitz der väterlichen Gewalt über die Kinder gelangen. Früher hatte das seine Schwierigkeiten, jetzt ist es bedeutend einfacher.

Nicht viel anders erging es den Rettungsanstalten. Aus einer solchen entwich ein Bögling; der Hausvater stellt ihm nach und erwischt ihn im benachbarten Dorfe, wo die Sache Skandal erregt; es wird der Gemeindepräsident zu Hilfe gerufen, welcher sich für inkompetent erklärt, und nun kann der Vorsteher unter dem Hohngelächter der Buben abziehen. Eine Anstalt, durch unangenehme Erfahrungen gewißigt, läßt sich das Elternrecht kontraktlich zusichern; ein Bögling

wird entführt; mit dem Aktenstücke in der Hand appelliert sie an den Richter; dieser gibt das kühle Verdikt: „Wir treiben keinen Menschenhandel; der Knabe gehört dem Vater.“ Das schriftlich zugesicherte Vaterrecht wurde als illusorischer Wisch geachtet. — Eine ostschweizerische Anstalt übernahm einen Knaben mit der statutarischen Verpflichtung, daß er bis zum 16. Altersjahre darin verbleibe; als er dann zum Fädeln tauglich war, verlangte ihn der Vater zurück. Die Anstalt, auf den Kontrakt pochend, protestierte. Die Angelegenheit kam vor den Regierungsrat, der dem Vater Recht gab. Muß man sich verwundern, wenn den privaten Armenerziehungsvereinen und Rettungsanstalten oft die Lust zum Eingreifen, auch in sehr notwendigen Fällen, gemindert wurde? Die administrativen und richterlichen Behörden haben in dieser Beziehung in den letzten Jahrzehnten manchen sehr merkwürdigen und — allerdings nicht formell — anfechtbaren Entscheid gefällt. Das dürfte nun anders werden, und wenn eine Behörde einen unrichtigen Entscheid fällt, so muß eben die Appellation erfolgen, damit ein authentischer Entscheid ausgesprochen wird.

So darf man nun heute sagen, daß die Unvollkommenheit der Gesetzgebung tunlichst gehoben worden ist. Noch vorhanden aber ist vielfach die *F a h r l ä s s i g k e i t* der *G e m e i n d e b e h ö r d e n*, der ein großer Teil sittlicher Verkommenheit der Jugend zur Last fällt. Nicht genug, daß sie von sich aus viel zu wenig die Initiative ergreifen: tritt ein Antrag an sie heran, so finden sie Gründe genug, um die Verjorgung zu hintertreiben. Zur Illustration ein Beispiel: Ein Schulmädchen hatte sich mehrfach des qualifizierten Diebstahls schuldig gemacht. Die Schulkommission beantragte beim Gemeinderat Unterbringung in einer Rettungsanstalt; dieser fand aber, da könnte man doch wohlfeiler helfen, nahm das Kind vier Tage in Haft, und dann war die Sache abgetan. Dieser Fall steht nicht vereinzelt da. Es kommt sogar vor, daß Anstalten es erleben müssen, daß heute ein Knabe mit dringlichen Requiriten angemeldet wird; morgen, wenn der Gutschein unterschrieben werden soll, hat er sich namhaft gebessert, und die Anmeldung fällt dahin. Es gibt Gemeinden, die niemals ein Kind in eine Rettungsanstalt angemeldet, dagegen beständig Kandidaten fürs Zuchthaus haben. — So braucht es eben zum guten Gesetz auch Menschen, die gewillt sind, es auszuführen. A.

Alimentationsstreitigkeiten.

In Sachen einer Alimentationsstreitigkeit im Kanton Thurgau, wo die Entscheidung im Sinne Art. 328/329 Z.G.B. Verwaltungssache (Bezirksrat, Regierungsrat) ist und wo vom Regierungsrat der Anspruch der Unterstützungsbedürftigkeit abgewiesen wurde, hat auf diesbezügliche Eingabe Herr Bundesrichter Dr. Th. Weiß in Lausanne erklärt, daß das Rechtsmittel der Berufung an das Bundesgericht nach Art. 56 des Organisationsgesetzes sowohl als das Rechtsmittel der zivilrechtlichen Beschwerde nach Art. 86 ausgeschlossen ist.

Daraus ergibt sich, daß man sich in den 19 Kantonen, wo die Entscheidung in Alimentationsfachen Verwaltungssache ist, schlechter stellt als da, wo sie Gerichtssache ist, und daß also eine entschiedene Rechtsungleichheit besteht, die unbedingt beseitigt werden sollte, natürlich so, daß die Alimentationsfachen durchgängig als Gerichtssache, wie z. B. in Zürich, Genf, Waadt, Argau, Freiburg, Neuenburg erklärt werden.

Dr. C. A. Sch.

Bern. Das neue Gesetz über das Gemeinwesen, das das heute noch geltende vom Jahre 1852 ersetzen soll, liegt im Entwurf der Regierung vor. Es kann gesagt werden, daß die Lösung in den meisten Punkten eine annehm-